



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/184 - 10.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Der BHE und die deutschen Ostgrenzen	S. 1
Sowjetrussischer Druck auf Polen	S. 3
Ausbaubedürftiger Ruhrschnellweg	S. 5
Wahlauftakt in Solingen	S. 7

## Vom Flüchtling zum Ostlandreiter

O.H. Im Wahlkampf zum neuen Deutschen Bundestag befindet sich im Unterschied zu der Wahl vor vier Jahren unter den im Vordergrund stehenden Parteien auch der Gesamtdeutsche Block (BHE). Auf diesen Kampf hat der ehemalige Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten vor Anbeginn seines Bestehens hingearbeitet, hier sehen Waldemar Kraft und sein Anhang ihre politische Chance.

Die Führer dieser ursprünglich auf die Massen der Heimatvertriebenen gestützten Partei waren in der Wahl der Mittel zur Erreichung ihrer Ziele bisher nicht wählerisch, ihre Wandlungsfähigkeit nach dem jeweils besseren Nutzeffekt kann kaum noch übertroffen werden. Selbst die ursprüngliche Grundkonzeption, vor allem Anwalt der Heimatvertriebenen und Entrechteten zu sein, wurde aufgegeben, als die Führungsgruppe um Kraft auf der Ebene der gesamtdeutschen Fragen neue und größere Möglichkeiten erblickte. Bedenkenlos schalteten sie sich in das Wettrennen um die Gunst der gefallen Größen der doch gerade für die Ostvertriebenen so verhängnisvollen Nazi-Epoche ein, die als die "Entrechteten" sie zu sich gehörig betrachten. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn die Interessen der Heimatvertriebenen nicht nur aus dem Namen des Gesamtdeutschen Blocks (BHE), sondern auch aus dessen Tätigkeit immer mehr ausgeklammert werden.

Welcher Art sind diese gesamtdeutschen Fragen, die die

gewandelte Partei anstreben will? Waldemar Kraft hat das in jüngster Zeit wiederholt zum Ausdruck gebracht: Es ist das Extremste, was bisher von nationalistischer Seite seit 1945 vertreten wurde. Er begnügt sich nicht mit dem Anspruch auf das Sudetengebiet und das Memelland, was praktisch die Rückkehr zum Münchener Abkommen und zu dem unter Hitlers Druck zustande gekommenen deutsch-litauischen Abkommen bedeuten würde. Seine Forderung umfaßt vielmehr auch Danzig und den westpreußischen Korridor, also die Gebiete, die die direkte Ursache zum Kriegsausbruch 1939 gewesen sind. Hinzu kommt, daß Kraft das alles im Zeichen der schwarz-weiß-roten Fahne erreichen will, der er sich verschworen fühlt.

Forderungen dieser Art müssen sich, sollten sie in der Bundesrepublik ernsthaft erwogen werden, gerade für den Kampf um die Wiedergewinnung der Oder-Neiße-Gebiete und Ostpreußens verhängnisvoll auswirken. Die Ressentiments in der Welt gegen Deutschland sind noch lange nicht überwunden und noch immer wird uns wegen unseres berechtigten und staatsrechtlich begründeten Anspruches auf die deutschen Ostgebiete größtes Mißtrauen entgegengebracht. Diesen unanfechtbaren Anspruch unverfälscht aufrechtzuerhalten und um das Verständnis der Welt für dieses Recht Deutschlands zu ringen, sollte aber die erste Aufgabe einer jeden deutschen Politik sein. Die Gewinnung des Vertrauens der Welt ist hier die erste Voraussetzung für den Erfolg. Dazu bedarf es aber eines maßvollen und taktvollen Auftretens. Jede Übersteigerung unserer Forderungen muß zur Folge haben, daß das unbestreitbare Recht Deutschlands auf die Gebiete in den Grenzen von 1937 erschüttert wird. Darüber hinaus ist die Herabzerrung so delikater und lobenswichtiger Fragen des deutschen Volkes in die Wahlkampfatmosphäre gerade im Interesse der Heimatvertriebenen selbst aufs schärfste zu verurteilen.

Unbestreitbar ist, daß die friedliche Vereinigung Westdeutschlands mit der sowjetischen Besatzungszone erste Voraussetzung für die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete sein muß. Durch die Zustimmung zum Schuman-Plan und zur EVG hat die Partei Krafts aber selbst dazu beigetragen, daß diese Voraussetzungen zerstört wurden. In der Konsequenz läuft das darauf hinaus, daß eine friedliche Lösung - trotz aller gegenteiligen Versicherungen vom Gesamtdeutschen Block (BHE) - nicht möglich ist. Der Beifall und die Unterstützung, die Kraft in steigendem Maße beim Großkapital und bei der ehemaligen Naziprominenz findet, können daher nur als Bestätigung seiner verhängnisvollen Wandlung vom Flüchtling zum Ostlandreiter gewertet werden.

Kein "Neuer Kurs" in Polen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Polen ist das einzige Land unter allen Satellitenländern, wo seit dem Ableben Stalins keine Veränderungen im politischen Kurs oder personeller Natur stattgefunden haben. Als kürzlich ein neuer sowjetischer Gesandter nach Polen kam, und zwar G.M. Popow, ein Mann, der niemals in der Diplomatie besonders aktiv war, hoffte man, daß mit seiner Ankunft in Polen Versuche beginnen würden, "den neuen Kurs" einzuschlagen. Am 29. Juni erschien in "Tribuna Ludu" der erste Artikel, in welchem sehr schwache Andeutungen über die Notwendigkeit einiger Änderungen zu finden waren. Der Artikel war ohne Unterschrift. Und dann kam die Verhaftung Berias und über den neuen Kurs in Polen wurde kein Wort mehr gehört.

Während der Affäre mit Beria, genauer einige Stunden nach der Nachricht von seiner Verhaftung, war Rokossowski kurz in Moskau gewesen und nach seiner Rückkehr nach Polen spürte man, daß die bisherige stabilisierte Lage in Polen sich noch mehr befestigt hatte. Immer mehr bekommt in Polen eine "Troika" ausschlaggebende Bedeutung, und zwar Bierut, Rokossowski und Radkiewitsch. Rokossowski als Marschall Polens und als "sowjetischer Mann" hatte an und für sich stets eine sehr starke Position. Jetzt ist seine Position noch stärker geworden. Ein vielversprechendes Anzeichen dafür sind die zahlreichen Namensänderungen der Straßen und Betriebe, die in den letzten Tagen in Polen stattfinden, die jetzt nach Rokossowski benannt sind. Die zweite Person, deren Aufstieg in den letzten Wochen zu verzeichnen ist, ist der Chef für Staatssicherheit in Polen, Minister Radkiewitsch. Seine polizeilichen Maßnahmen waren besonders wichtig während der unsicheren Zeiten kurz nach dem Ableben Stalins. Die stärkste Person bleibt in Polen Bierut. Auf diese Weise konzentriert sich in der "Troika" die Vertretung der Armee, der Polizei und der Partei. Dabei herrscht in Polen, im Gegensatz zu allen anderen Satellitenländern und der Sowjetunion selbst weiterhin der Führerkult. Bieruts Autorität wird nicht nur über alle anderen erhoben, sondern sein Name wird stets in solchen Betitelungen, wie "Großer Lehrer" oder "Großer Führer des polnischen Volkes" genannt. Selbst die sowjetischen Zeitungen, die in den Artikeln über ihre eigene Regierung keinen Namen nennen, erwähnen, sobald sie etwas über Polen schreiben, immer nur den Namen

Bieruts.

Auf die völlig erstarrten Verhältnisse in Polen reagiert die polnische Bevölkerung mit Massenpessimismus. Die schwierige Lebensmittellage vergrößert diese Stimmung noch mehr. Die Nachrichten, die in der westdeutschen Presse über die angeblichen Unruhen in Polen vor kurzem kursierten, haben sich als Provokation erwiesen.

+ + +

So sieht es in Franco-Spanien aus

Erzbischof Marcellino Olañeca Lizaga von der römisch-katholischen Diözese Valencias bezeichnete die spanischen Arbeitgeber, die ihre Arbeiter schändlich entlohnen, als die "größten Helfershelfer des Kommunismus". Der Erzbischof, der als Kenner der sozialen Verhältnisse Spaniens gilt, hat eine Studie über die Lage der Arbeiter in der Gegend von Valencia veröffentlicht, in der er zu erschütternden Ergebnissen gelangt.

Sechs unabhängig voneinander durch Experten und Mitglieder katholischer Organisationen durchgeführte Untersuchungen haben ergeben, daß kein Arbeiter weniger als 50 Pesetas pro Tag (DM 6,50) erhalten dürfte, um auch nur die allernotwendigsten Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleider, Schuhe und Wohnung für sich und seine Familie zu bestreiten. Wenn er diese 50 Peseten erhielte, könnte er sich dennoch weder Wein, noch irgendwelche Ausgaben für Vergnügen oder auch nur Fahrtkosten zum Arbeitsplatz leisten. Aber nicht einmal dieses Minimum erhält ein Arbeiter in Spanien.

Der Erzbischof von Valencia beschuldigt die Arbeitgeber offen, sie seien schuld an der Antireligiosität der Arbeiter: Sie machten sie einer Sünde schuldig, für die "es keine Absolution gibt". Ein solcher unsozialer Arbeitgeber könne nicht darauf rechnen, daß er "vor Gott diese seine Sünden dadurch sühnt, daß er zur Kirche geht". Man brauche sich auch nicht darüber zu wandern, wenn sich die Arbeiter weigern, mit solchen Arbeitgebern in der gleichen Kirche zu sein.

Wenn man wolle, "daß die Bedingungen des Arbeiters sich nur ein wenig von denen eines Sklaven unterschieden", müsse man unbedingt für einen Minimumlohn eintreten. Auch dann noch könnte man die Existenz eines Arbeiters in Spanien kaum menschlich nennen.

+ + +

M.

Ruhrschnellweg soll wieder Ruhr"schnell"weg werden

rw. - Düsseldorf -

Wohl die bekannteste, interessanteste, aber auch problematischste und gefährlichste Verkehrsstraße der Bundesrepublik ist der Ruhr-schnellweg von Düsseldorf-Nord quer durch das Ruhrgebiet zu seinem östlichen Zentralpunkt Dortmund. Zahllose LKW-Fahrer aus der Bundesrepublik und Berlin, aber auch viele Geschäfts- und private Reisende auf PKW oder Omnibus haben den Ruhrschnellweg kennengelernt: Wie er sich durch die Stadtlandschaft des Reviers über etwa 60 Kilometer dahinzieht, bald eingerahmt von Fabriken, Zechen und Hochöfen, bald im Steinmeer der Riesenstädte ertrinkend, bald ausgreifend in eine überraschend sich aufschließende Landschaft mit wogenden Kornfeldern und rauschenden Wäldern.

Der Fahrer am Steuer erlebt noch eine andere Skala von Abwechslungen. Bald läßt ihn die geschmeidige Teerdecke fester auf den Gashebel treten, bald aber kurvt er ängstlich im leichten Sprühregen über das vermaledete blaue Kopfsteinpflaster. Immer jedoch gilt es, den Fuß bereit zu halten für die Bremse, denn alle Nase lang mündet eine andere Verkehrsstraße ein, schneidet ein Verkehrsstrang den Fluß der Ruhrschnellweg-Kolonnen, zieht eine Straßenbahn ihre beiden Gleise nach links oder nach rechts. Das alles hemmt den ohnehin schon langsamen Fluß. Wenn täglich rd. 10000 Fahrzeuge über eine Straße gehen, darn sind es in den Hauptverkehrsstunden stündlich etwa 1000 und in jeder Minute mehr als fünfzehn, darunter die Ungetüme der Landstraßen und die Vorsintfluter mit 20 km Höchstgeschwindigkeit und drei Pannen in der Stunde. So nimmt es niemand wunder, daß der Ruhrschnellweg zum "Langsam"-Weg geworden ist. Wenn er trotzdem so häufig benutzt wird, so liegt dies an seiner zentralen Bedeutung für das Industrierevier, aber auch an seinem über das Revier hinausgreifenden Verbindungscharakter zwischen dem Rheinland und Westfalen.

Bei dem ständig steigenden Strom der Fahrzeuge schwillt verständlicherweise auch die tägliche Unfallzahl erschreckend an. Sie hat jetzt die Jahresziffer von 1500 Unfällen bereits hinter sich gelassen und geht auf die 2000er-Ziffer zu. Allein im Stadtgebiet von Essen werden auf dem Ruhrschnellweg im Jahr etwa 1000 Unfälle gezählt.

Daß angesichts dieser Tatsachen seit langen Bemühungen auf einen

modernen, den Ansprüchen auf Schnelligkeit und Sicherheit genügenden Verkehrsweg gerichtet sind, versteht sich von selbst. Es sind verschiedene Pläne ausgearbeitet, die sich sehen lassen können. Die Straße soll etwa durchweg zwei Fahrbahnen zu je sieben Meter Breite erhalten, entweder durchgehend oder streckenweise mit einem Grünstreifen, und neben jeder Fahrbahn soll, wieder durch Grünstreifen abgetrennt, ein Radfahrerweg laufen. Das Ganze würde sich dann in einer Gesamtbreite von etwa 25 Metern durch Land und Stadt hinziehen. Straßenüberschneidungen sollen durch Tunnels und Brücken beseitigt werden. Die Kosten werden mit 65 bis 70 Millionen Mark angesetzt, davon der Ausbau der sogenannten Ortsdurchfahrten, d.h. die Teile des bebauten Stadtgebietes, mit 30 Millionen. Nach den geltenden Bestimmungen für die Straßenunterhaltung wären für die freien Strecken der Bund, für die Ortsdurchfahrten die jeweiligen Städte finanziell zuständig. Der Ruhrschnellweg geht durch das Gebiet von Mülheim an der Ruhr zu etwa 30 Prozent der Mülheimer Strecke durch das bebaute Stadtgebiet, in Essen zu fast 60 und in Dortmund zu 17 Prozent durch das bebaute Stadtgebiet. Die Stadt Essen ist demnach am stärksten betroffen. Sie wehrt sich gegen die ihr zugedachte Hauptlast mit dem Hinweis, daß der Ruhrschnellweg ja überwiegend dem Durchgangsverkehr diene. Zählungen hätten ergeben, daß mehr als 60 Prozent der Fahrzeuge ortsfremd seien. Von der Stadt Essen wurde daher eine Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes zu je einem Drittel der Kosten für die Ortsdurchfahrt vorgeschlagen. Die Stadt will die Summen auf ein bis zwei Jahre vorfinanzieren, wenn sie bindende Garantien von Land und Bund erhält, daß diese dann ihre Teile im nächsten oder übernächsten Haushalt einsetzen.

Über die Beteiligung des Landes will der Verkehrsausschuß des Landtags am 22. August zu entscheidenden Beschlüssen kommen. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Wünsche der Ruhrstädte vom Land einigermaßen erfüllt werden. Man erwartet weiter, daß der Bund außer seinem Pflichtanteil für die freien Strecken noch eine gewisse zusätzliche Quote übernehmen wird. Sind diese finanziellen Fragen alle geklärt, dann könnte mit dem Werk begonnen werden. Aus dem Ruhrschnellweg würde dann endlich zur Freude aller wieder wirklich ein Ruhr"schnell"weg werden.

+ + +

Solingen - Symbolischer Anfang

-ler. Es war kein Zufall, dass der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, die Stadt Solingen als Auftakt für seine Wahlkampagne wählte, die ihn in alle Teile der Bundesrepublik führen wird. Solingen konnte bisher den gewiss nicht beneidenswerten Ruhm beanspruchen, die Stadt mit der relativ grössten kommunistischen Stimmenanzahl zu sein. Von Solingen aus hofft auch die KP, durch die Erringung eines Direktmandates, die Hürde der Fünfprozentklausel zu überspringen. Ihr Hauptgegner ist die SPD. Käme der KP-Führer Reimann gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Schroth hier durch, dann würde eine, wenn auch kleine kommunistische Gruppe wieder in den neuen Bundestag einziehen - eine Gruppe von Abgeordneten, die sich nicht ihren Wählern verpflichtet fühlt, sondern den jeweiligen Auftraggebern in Moskau.

Im kommenden Bundestag haben jedoch weder Rei- noch Naumann-Männer etwas zu suchen. Wer heute die Kommunisten wählt, wählt gegen die Interessen der deutschen Arbeiterschaft, wählt die würdelosen Handlanger eines fremden Befehlen gehorchenden Diktaturregimes. Seit dem Tage, da die Kommunisten ihre unheilvolle Tätigkeit im deutschen politischen Raum begannen, haben sie direkt und indirekt die Kräfte der Reaktion unterstützt und die Demokratie geschwächt. Ohne die deutsche KP hätte es vielleicht keinen erfolgreichen Hitler und keinen zweiten Weltkrieg gegeben. Und auch heute noch sehen die Kommunisten in der Sozialdemokratie ihren Hauptfeind - und sie irren darin nicht einmal. Dort, wo der demokratische Sozialismus die arbeitenden Schichten vereinigt, wie in England und den skandinavischen Ländern, bleibt für die KP kein Boden zur Entfaltung, führt sie ein Dasein am Rande der Politik, ist sie zur hoffnungslosen Minderheit verurteilt.

So war es gut, dass gerade in Solingen den "brüderlichen Anbiederungsversuchen" der Kommunisten die nötige Entgegnung zuteil wurde - mit diesen Feinden der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes gibt es, wie Ollenhauer sagte, kein Faktieren und keine Gemeinsamkeit.

Aber Solingen hat noch eine andere symbolhafte Bedeutung: Vor fast genau neunzig Jahren, am 27. September 1863, verkündete Ferdinand Lassalle in der Solinger Schützenburg das Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbandes. Dieses Programm war der Ausgangspunkt jener mächtigen Bewegung, die seitdem aus der Geschichte des deutschen Volkes nicht wegzudenken ist und in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat gefunden hat. Sie erhob erst den damals verachteten Arbeiter zum heute nun umworbenen Staatsbürger. Keine grössere und wichtigere Aufgabe kann es derzeit geben, als die wenigen von der KP betörten und missbrauchten Arbeiter wieder in die Gemeinschaft der Nation zurückzuführen. Von Solingen ging erneut dieser Ruf aus und er dürfte gehört werden.

---

Verantwortlich: Peter Raunau